

GEMEINSAMER ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Daniela Reiff (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Parsa Marvi (SPD) Stadtrat Michael Zeh (SPD) SPD-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Lüppe Cramer (KULT) Stadtrat Dr. Eberhard Fischer (KULT) KULT-Gemeinderatsfraktion Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 15.10.2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	4. Plenarsitzung Gemeinderat 18.11.2014 2014/0209 13 öffentlich
Machbarkeitsstudie Ersatzbrücke		

1. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, zur Sicherung einer langfristig leistungsfähigen Rheinquerung eine Ersatzbrücke vertieft zu prüfen.
2. Zu diesem Zweck setzt sich die Stadt gegenüber der Landesregierung für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Ersatzbrücke ein.
3. Die Ersatzbrücke soll folgende Mindestvoraussetzungen erfüllen:
 - Neuwertiger Ersatz der bestehenden, sanierungsbedürftigen Straßenbrücke über den Rhein
 - Je Richtung drei Fahrstreifen, eine Standspur sowie einen Rad- und Fußweg
 - Zwei sich selbst tragende Brückenhälften, um bei Unfällen und Baustellen den Verkehr über eine Brückenhälfte mit zwei Fahrstreifen je Richtung abwickeln zu können.

Begründung/Sachverhalt

Der Zustand der jetzigen Rheinbrücke sorgt für ständige Staus durch die Sanierungsprobleme. Ob eine dauerhafte Sanierung gelingt, wird derzeit über Versuche geprüft. Falls dies nicht gelingt, muss über eine Ersatzbrücke nachgedacht werden. Daher ist eine Machbarkeitsstudie notwendig.

Mit dem Ersatz der bestehenden Brücke lassen sich die negativen ökologischen Auswirkungen und hohen Kosten einer Neutrassierung vermeiden. Es müssten auch keine Häuser abgerissen werden, wie das bei einer Parallelbrücke nötig wäre.

Dank zweier sich selbst tragender Brückenhälften sichert die Ersatzbrücke eine jederzeit verfügbare leistungsfähige Rheinquerung: Auch bei notwendigen Sperrungen einer Brückenhälfte kann der Verkehr mit je zwei Fahrstreifen in jede Richtung flüssig abgewickelt werden.

Schon im Planfeststellungsverfahren zur zweiten Rheinbrücke ist die Alternative „Ersatzbrücke“ abzuwägen, denn sie wurde ja im Verfahren durch die Stadt Karlsruhe eingebracht. Aus Sicht der unterzeichnenden Fraktionen und Stadträtinnen und Stadträte ist somit die Machbarkeitsstudie für das Planfeststellungsverfahren erforderlich, selbst wenn das Bundesverkehrsministerium diese Alternative derzeit ablehnt. Deshalb sollte das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, in den kommenden Monaten eine Machbarkeitsstudie zur Ersatzbrücke erarbeiten.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Daniela Reiff

Parsa Marvi

Michael Zeh

Lüppo Cramer

Dr. Eberhard Fischer

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

7. November 2014